



Energiesparen und Kultur in den Bädern

Nachhaltige Energieversorgung, etwa im rundum-erneuerten Kongreßbad, und ein neuer Kulturschwerpunkt zusätzlich zu den bekannten Lern- und Schwimmkursen dominieren die heurige Sommersaison in Wiens Bädern.

Das Highlight für viele dabei: Den oft in Bädern über Lautsprecher eingespielten Song „Badeschluss“ gibt die Band 5/8erl in Ehr'n bei Konzerten im Gänsehäufel, im Kongreßbad und im Strandbad Alte Donau zum Besten. Wirklich Badeschluss ist in Wiens Freibädern heuer aber erst am 15. September.



Foto: Martin Jöchl

Messerstreit in U3: Auch Baby verletzt

in Streit in einer U3-Garnitur endete Sonntagabend mit mehreren Verletzten. Aus bislang ungeklärten Gründen gerieten sich eine 63-jährige Frau und ein Unbekannter in die Haare. Als jener versucht haben soll, auf die Passagierin einzuschlagen, griff ein 22-jähriger ein und wurde von seinem Kontrahenten mit einem Stanley-Messer an der Hand verletzt. Als der 22-Jährige in die Station Stephansplatz flüchtete, stieß er mit einem 35-jährigen, unbeteiligten Wiener, der mit seiner eineinhalb Monate alten Tochter unterwegs war, zusammen. Der Kinderwagen stürzte dadurch um, bei dem Baby besteht der Verdacht auf Schädelprellung. Es musste ebenso ins Spital wie die 63-Jährige, die am Kopf verletzt wurde. Der Papa des Kindes erlitt leichte Blessuren am Arm. Nach dem mutmaßlichen Täter wird weiterhin intensiv gefahndet. STS

ST

ST



Foto: Martin Jöchl

Parken: 210.000 Wienern drohen Strafen

Weil es zu wenige markierte Stellplätze gibt, wird im 22. Bezirk gnadenlos abgestraft. Die Stadt will weiter evaluieren. Doch das Problem ist größer.

Vor nun mehr zwei Jahren wurde das Parkpickerl auf ganz Wien ausgeweitet. Das System sollte sich mittlerweile also gut eingespielt haben. Die Betonung liegt auf eigentlich.

Denn in Siedlungsgebieten ohne Gehsteige oder mit zu schmalen Straßen, wo über Jahrzehnte anstandslos geparkt wurde, hagelt es vermehrt Strafen.

Etwa im 22. Bezirk, westlich des Biberhaufenwegs zwischen Mühlwasser und Schillerwasser. Dort gibt es, so wie in vielen anderen Siedlungsgebieten der Donaustadt, keine Gehsteige.

Scharfe Kritik daran übt

jetzt die FPÖ. Der Bezirk habe nämlich viel zu spät mit der Markierung von „regulären“ Parkplätzen begonnen, dafür blechen müssten jetzt die Anrainer. „Am Musketierweg wurden auf einer Länge von 400 Metern vier Stellplätze markiert. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein! Bezirksvorsteher Nevriy muss endlich Gas geben“, fordert Gemeinderat Toni Mahdalik (FPÖ).

Flächenbezirke sind besonders betroffen

Durch die neuen Maßnahmen in der Siedlung würden einige hundert Stellplätze verloren gehen, so der Freiheitliche. Doch auch in



Foto: FPÖ Wien/Toni Mahdalik

Gemeinderat Toni Mahdalik (FPÖ) am Musketierweg. Seit der Einführung des Parkpickerls hagelt es dort jetzt Strafen.

Aspern, Breitenlee, Essling oder Süßenbrunn gibt es Hunderte schmale und teilweise an den Rändern unbesetzte Gassen, wo seit Jahrzehnten geparkt wird. Laut FPÖ Wien sind alleine in der Donaustadt 45.000 Parkplätze betroffen. Aber das Problem ist viel größer.

Wienweit müssten für 210.000 Anrainer legale Parkplätze in den Außenbezirken markiert werden, rechnet Mahdalik vor.

Von der MA 46 (Verkehr) heißt es, dass nun die Siedlungsgassen in den Fokus gerückt sind. „Generell ist das Parken auf Fahrbahnen mit

Gegenverkehr gemäß Straßenverkehrsordnung verboten, wenn nicht mindestens zwei Fahrstreifen für den fließenden Verkehr freibleiben. Die Verkehrsbehörde ist bestrebt, in Siedlungsgassen das Parken weitgehend zu ermöglichen, um Bestrafungen wegen der Übertretung von Halte- und Parkverboten zu vermeiden.“

Das Büro von Donaustadt-Chef Ernst Nevriy (SPÖ) sagt, dass es im 22. Bezirk ca. 85.000 Parkplätze gebe. Dass 45.000 Parkplätze legalisiert werden müssen, sei Unsinn.

Die MA 46 werde alle betroffenen Straßenzüge überprüfen, mit dem Ziel, Rechtssicherheit herzustellen. Wo es erforderlich ist, werden Parkplätze entweder mit Verkehrszeichen oder Bodenmarkierungen gekennzeichnet. C. Engelmaier



Foto: Architekturbüro Carla Lo

Mehr Grün soll es in der „Gumpi“ geben – Grüne und ÖVP wollen noch Änderungen

Die neue Gumpendorfer Straße

Die Durchzugsstraße wird umgebaut – es gibt auch Kritik

Attraktiver, grüner und zukunftsfit soll die knapp zwei Kilometer lange Gumpendorfer Straße werden. Die Pläne dafür werden aktuell in der Bezirksvertretung ausgestellt.

Das vorgestellte Konzept sieht vor, 203 neue Bäume auf der „Gumpi“ selbst und 50 in den angrenzenden

Seitengassen zu pflanzen. 75 Prozent der Oberfläche werden entsiegelt.

Weitere Maßnahmen umfassen die Installation von 30 Bodendüsen und die Schaffung von 31 Nachbarschaftsoasen.

Der 57A bekommt im Bereich der Gfornnergasse eine zusätzliche Station.

Doch es gibt auch Kritik: Die Grünen bemängeln zum Beispiel die fehlende Verkehrsberuhigung. Bei der ÖVP begrüßt man zwar grundsätzlich die Umgestaltung, die Wegnahme von Parkplätzen ohne entsprechende Parkgaragen sieht man jedoch kritisch.

Philipp Stewart

WIEN WILL ÄNDERUNG

Zu schnell, zu sperrig und zu gefährlich: „E-Mopeds runter vom Radweg!“

Es ist ein Problem, das besonders in den letzten Monaten massiv zugenommen hat: Auf Wiens Radwegen tummeln sich mittlerweile immer mehr sogenannte kennzeichenlose E-Mopeds. Voll motorisierte Fahrzeuge, sperrig, schwer und oft viel zu schnell. Auch Verkehrsstadträtin Ulli Sima (SPÖ)

sind sie ein Dorn im Auge: „E-Mopeds runter vom Radweg!“ Darum fordert sie nun eine Reform der Fahrradverordnung auf Bundesebene, um solche Fahrzeuge von den Radwegen künftig zu verbannen und so für Sicherheit zu sorgen.

Verkehrswissenschaftler Harald Frey von der TU Wien

führte eine erste Untersuchung zu Geschwindigkeit und Verkehrssicherheit der E-Gefährte durch. Fazit: Besonders E-Mopeds sind oft sehr viel schneller unterwegs als die erlaubten 25 km/h.

So wurden auf dem Rad-Highway in der Lassallestraße bei 50 Prozent der E-Mopeds mehr als 26 km/h und bei 15 Prozent mehr als 34 km/h gemessen. Ein durchschnittliches E-Moped bringe

zudem 70 bis 80 kg Leergewicht auf die Waage, dazu kommt das Gewicht des Fahrers und evtl. zusätzliche Ladung. Gefordert werden nun klare Regelungen auf Bundesebene wie in Deutschland. Sima will dazu den Druck auf Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) erhöhen und das Thema bei der nächsten Landesverkehrsreferenten-Konferenz auf die Agenda bringen. Christoph Engelmaier



Foto: Zvefo



Foto: ÖVP Wien

DEBATTE GEHT WEITER

Öffi-Tickets: ÖVP will Tarifänderung, Stadt zielt sich weiterhin

Die Forderung der ÖVP nach einer Studentenjahreskarte ist nicht neu. Außerdem pochen die Schwarzen auf eine Altersanpassung bei Senioren. Derzeit erhalten nur Personen über 64 Jahren eine ermäßigte Jahreskarte. „Wir fordern, dass die Ermäßigung auf die Fahrkarte be-

reits ab Pensionseintritt gilt“, sagt Seniorenratspräsidentin Ingrid Korosec (ÖVP). Laut ÖVP sei man in guten Gesprächen mit der Stadtregierung. Ist das so? Auf „Krone“-Anfrage bestätigt das Büro von Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke nur den Erhalt des Jahrestickets für 365 Euro.